



Hochschulzugang erleichtern

Studiengebühren sind unsozial und schrecken vom Studium ab. Mangelnde staatliche Bildungsaufgaben werden auf junge Menschen ohne eigenes Einkommen abgewälzt. Hochschulbildung muss gebührenfrei sein.

Jedem muss es prinzipiell möglich sein, das Studium seiner Wahl aufzunehmen. Aufnahme- und Auswahlverfahren dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie zur Begrenzung von Studienplätzen missbraucht werden können.

Berufliche Bildung stärken

Die Ausbildungsplatzsituation muss sich grundlegend bessern. Eine Ausbildungsplatzabgabe, die Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Kasse bittet, schafft Anreize, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Allgemeinbildender Teil und berufliche Bildung sollen in der Sekundarstufe II verbunden werden. Ziel der Sekundarstufe II ist es, alle jungen Menschen zu einem beruflichen und/oder allgemeinbildenden Abschluss zu bringen. So gibt es keine Sackgassen im Bildungswesen, über Fort- und Weiterbildungen sind die Zugänge zu allen Abschlüssen prinzipiell offen.

Der Anspruch auf Weiterbildung muss rechtlich abgesichert werden.



Kontakt

DIE LINKE.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Arbeitskreis Bildung
Corneliusstraße 108 · 40215 Düsseldorf

www.dielinke-nrw.de
Jonas Bens (V.i.S.d.P.)

Gemeinsam lernen – Ein Leben lang!

Gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter schaffen!

Perspektiven

DIE LINKE.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Investitionen in Bildung und Erziehung“

800.000 Kinder in NRW leben unterhalb der Armutsgrenze. Damit ist ein neuer Rekord in NRW erreicht, wobei statistisch gesehen jedes vierte Kind in Armut lebt. Das Landesamt für Statistik veröffentlicht im Sozialbericht 2007 erschreckende Zahlen: von 1996 bis 2005 ist der Anteil der jungen Männer (15-30 J.) ohne beruflichen Abschluss von 26,8% auf 36,2 % gestiegen. Bei den jungen Frauen (15-30 J.) von 29,5% auf 35,5%. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung in diesem Alter.

Die Wohlfahrtsverbände forderten unlängst in einem gemeinsamen Aufruf vor allem „Investitionen in Bildung und Erziehung“. Diese Forderung wird von immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft gestellt. Eine bildungspolitische Strukturdebatte ist längs angelaufen. Doch statt eine solche Strukturdebatte offensiv zu führen verhartet die schwarz gelbe Landesregierung in überholten Bildungskonzepten.

Die Auflösung der Grundschulbezirke, nach der der Wohnort der Kinder nicht mehr entscheidend für die Schulwahl ist, verschärft die soziale Auslese schon vor dem ersten Schuljahr.

Obwohl der Erfolg von längerem gemeinsamen Lernen und Gemeinschaftsschulen in anderen europäischen Ländern auf der Hand liegen, verweigert sich die Landesregierung dem Konzept „Eine Schule für alle“. Selbst der Elternwille wird nicht akzeptiert: Den 46.000 Anmeldungen an Gesamtschulen in NRW im Jahr 2007 standen nur etwa 30.000 Plätze gegenüber.

Die Landesregierung schafft zur „Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen“ das Werkstattjahr und Jugend in Arbeit. Hier ändert sich nichts, außer, dass mit Zahlen jongliert werden kann und Jugendliche zeitweise aus Statistiken verschwin-

den. Dem Konzept einer „Ausbildungsplatzabgabe“, welche Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Kasse bitten würde, verweigert sie sich weiterhin.

Die Einführung von Studiengebühren und weitere Kürzungen im Hochschulbereich, haben bereits zu massiven Einbußen bei den Studierendenzahlen geführt. Ein Hochschulstudium wird zunehmend „unbezahlbar“.

Diesen Maßnahmen stellt DIE LINKE.NRW ein Bildungskonzept entgegen, dessen Ideal gleiche Bildungschancen für alle in jedem Alter ist.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

Gemeinsam lernen von Anfang an

Betreuungsplätze im vorschulischen Bereich müssen ausgeweitet werden. Kindertagesstätten und Horte müssen für alle Kinder kostenfrei angeboten werden.



Statt „Verwahranstalten“ für Kleinkinder brauchen wir in NRW eine qualifizierte vorschulische Förderung. Hierzu gehört auch die Hochschul- ausbildung der Beschäftigten in den Kitas. Denn Bildung fängt nicht erst in der Schule an.

Eine Schule für alle

SchülerInnen von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien unterscheiden sich hauptsächlich durch den sozialen Status der Eltern.

Im Alter von 10 Jahren werden die Kinder „sortiert“ und damit wird deren Bildungsgang weitgehend festgeschrieben. Wir wollen größere Bildungsgerechtigkeit:

Längeres gemeinsames miteinander und voneinander Lernen in einem Klima gegenseitiger Achtung und Wertschätzung aller am Schulbetrieb Beteiligten muss wesentlicher Bestandteil von Schule sein. Kinder erfahren so, wie wichtig es ist, sich gegenseitig zu unterstützen und aufeinander verlassen zu können.

Durch Ganztagschulen erhalten Kinder eine bessere Förderung. Durch das Zusammenleben in der Schule, die Zusammenarbeit mit Sport- oder Kulturvereinen und Menschen aus dem Stadtteil findet Lernen auch im Freizeit- und sozialen Bereich statt. Auch sollten berufsbildende Anteile in die Sekundarstufe I integriert werden.

Durch Verkleinerung von Klassen und durch alternative Unterrichtsformen soll Schule Ausgrenzung unmöglich machen, es darf kein Sitzenbleiben mehr geben. In einer Gemeinschaftsschule werden Kinder mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Begabungen gefördert und gestärkt.